



Vorlage Nr. 21-V-02-8012

Tagesordnungspunkt 2

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Nordost am 23. Juni 2021

Masterplan Innenstadt Endbericht

Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

auf Grundlage einer breiten Beteiligung der wesentlichen Akteure der Wiesbadener Innenstadt in Zusammenarbeit der Dezernate II, IV und V ein umfassender, zukunftsweisender Masterplan erstellt wurde, dessen Ziel es ist, ein attraktives, pulsierendes und somit lebenswertes Stadtzentrum zu fördern.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1 die im Masterplan aufgeführten Maßnahmen, koordiniert durch das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung, von den jeweils fachlich zuständigen Dezernaten innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre umgesetzt werden,
 - 2.2 dem Referat für Wirtschaft und Beschäftigung ein Sonderbudget für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 zur Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen mit höchster und hoher Priorität zugewiesen wird. Dieses Sonderbudget wird in Zusammenarbeit mit den Fachämtern der LHW eingesetzt.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Stadt Wiesbaden hat mit dem Masterplan Innenstadt ein Instrument auf den Weg gebracht hat, das sich aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des innerstädtischen Raums annimmt. Unter Einbeziehung von vielen Stimmen und Blickwinkeln (inklusive der Ortsbeiräte) wird ein Katalog entwickelt, der eine Grundlage für weitere Maßnahmen zur Begleitung und Gestaltung des urbanen Strukturwandels bietet.

Aus Sicht des Ortsbeirates Nordost muss diese Grundlage im politischen Prozess an einigen Punkten noch präzisiert und verknüpft werden, da viele der aufgelisteten Maßnahmenziele, Maßnahmen und Maßnahmenbeispiele zu sehr nebeneinander stehen, teils zu unkonkret sind und an einigen Stellen auch zu sehr den Status Quo im Blick haben sowie zu wenig das Potential bieten, Weichen für die Zukunft zu stellen.

Der Ortsbeirat möge beschließen, der Magistrat wird daher gebeten, die folgenden Konkretisierungen von Maßnahmen sowie die Anpassung der Priorisierung von Maßnahmenzielen vorzunehmen:

- 1) **Maßnahmenziel 4: Verbesserung der fußläufigen Erreichbarkeit und Erlebbarkeit der Innenstadt** sowie
Maßnahmenziel 5: Bessere Vernetzung umliegende Quartiere - Innenstadt
Der Magistrat wird gebeten, diese Ziele statt wichtig als sehr wichtig einzustufen. Um diese Ziele zu erreichen, braucht es attraktive Fußwegverbindungen: flächendeckende Tempolimits bei maximal 30 oder 40 km/h, mehr Begrünung, die das Flanieren angenehmer macht, die Verbreiterung von zu schmalen Fußwegeverbindungen sowie das Freihalten der Fußwege von illegalem Parken. Als Modellprojekt zur Entwicklung solcher Fußwegeverbindungen bietet sich das im MP vorgeschlagene „Quartier Taunusstraße“, das sich im Gebiet südwestlich der Taunusstraße erstreckt, an. Dort kann gezeigt werden, wie mehr Platz für Menschen und Gastronomie, die gestalterische Aufwertung des öffentlichen Raums, die Saalgasse als Fußgängerzone und eine dauerhafte Verkehrsberuhigung der Nerostraße Menschen dazu einlädt, sich die Innenstadt zu Fuß zu erschließen. Auch Fahrradverbindungen sind in gleicher Weise weiterzuentwickeln und zu optimieren.
- 2) **Maßnahmenziel 6: Bessere Erreichbarkeit durch den MIV**
i.V.m.
Maßnahmenziel 8: Verbesserung Parksituation, Reduzierung Parksuchverkehr sowie
Maßnahmenziel 9: Innenstadtverkehr reduzieren
Der Magistrat wird gebeten, die Ziele 8 und 9 statt wichtig als sehr wichtig einzustufen. Im Zuge dessen erübrigt sich das Ziel 6 vollständig und kann gestrichen werden. Andernfalls drohen Zielkonflikte zwischen den Zielen 6 und 9. Bereits heute gibt es eine nahezu perfekte Erreichbarkeit aller Parkhäuser in der Innenstadt, es muss unnötiger Parksuchverkehr verhindert werden. Um Parksuchverkehre zu reduzieren, müssen diese direkt in Parkhäuser geleitet werden. Für eine verbesserte Führung können auch digitale Tools helfen. Die Zahl der Parkplätze im öffentlichen Straßenraum müssen deutlich reduziert werden, damit statt der Suche nach einem (kostenfreien) Parkplatz im Straßenraum direkt Parkhäuser angefahren werden. Um weniger MIV-Verkehr in die direkte Innenstadt zu lenken, sollten die Parkgebühren der Parkhäuser, die etwas weiter außerhalb liegen günstiger sein als die der direkt in der Innenstadt liegenden Parkhäuser. Rabattaktionen für Stammkund:innen sollten, statt durch Parkgutscheine, durch Angebote unternommen werden, die allen Menschen - unabhängig ihrer Verkehrsmittelwahl - zugutekommen.
- 3) **Maßnahmenziel 7: Bessere Erreichbarkeit durch den ÖPNV**
Der Magistrat wird gebeten, dieses Ziel von wichtig auf sehr wichtig hochzustufen. Es ist wichtig, Verkehre im Zusammenhang zu denken und Möglichkeiten, nicht mit einem Auto bis in die Stadt zu fahren, etwa durch einen attraktiven Park & Ride und Mietoptionen von Leihrädern und ähnlichem zu verbessern. Gerade auch vor dem Hintergrund des Klimanotstandes geht es darum, die aktive Mobilität und die ÖPNV-Erreichbarkeit zu fördern und auszubauen, sowie intermodale Verkehrslösungen zu entwickeln.
- 4) **Maßnahmenziel 11: Verbesserung der Abstellflächen für Zweiräder**
Der Magistrat wird gebeten, dieses Ziel umzuformulieren in „Bessere Erreichbarkeit und Abstellflächen für Zweiräder“. Zudem ist die Priorisierung auf sehr wichtig anzuheben. Die Maßnahme sollte konkretisiert werden und messbar sein, etwa 100 neue, dezentrale Fahrradabstellplätze in der Innenstadt, davon 50 überdacht.
- 5) **Maßnahmenziel 23: Differenziertes Erlebnisangebot für div. Zielgruppen**
Der Magistrat wird gebeten, hier insbesondere Angebote für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

6) **Maßnahmenziel 27: Möblierung und Begrünung überprüfen/verbessern**

Der Magistrat wird gebeten, Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang zu schaffen, auch temporäre. Weiterhin kann die Klimakampagne „Bäume in die Wüste“ im Rahmen der Stadtbegrünung kurzfristig in die Umsetzung gehen.

7) **Maßnahmenziel 28: Gesamteindruck der Innenstadt verbessern**

Der Magistrat wird gebeten, die Gestaltungsrichtlinien dahingehend zu prüfen und ggf. zu überarbeiten, dass sie Angebote für unterschiedliche Einkommensgruppen erhalten und die kulturelle Vielfalt fördern. Leitbild muss sein, die Quartiersentwicklung von unten zu fördern.

8) **Weiteres Maßnahmenziel einführen: Barrierefreiheit verbessern**

Der Magistrat wird aufgefordert, als weiteres Maßnahmenziel eine barrierefreie Erreichbarkeit sowie Mobilität und Teilhabe im Masterplan Innenstadt zu verankern. Dies ist für die Inklusion behinderter Menschen essenziell, aber auch für die Familienfreundlichkeit und insbesondere vor dem Hintergrund einer alternden Stadtgesellschaft. Der Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen und Interessengemeinschaft Behinderter (AK) sowie der Seniorenbeirat sind für die notwendige Überarbeitung tiefgehend einzubeziehen. Als eine Leitlinie soll das WHO-Konzept der „Age-friendly cities“ herangezogen werden.

Beschluss Nr. 0062

1. Die Ziffern 1 - 4 sowie 7 und 8 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden abgelehnt.
2. Die Ziffern 5 und 8 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten, die folgende Konkretisierung von Maßnahmen sowie die Einführung eines weiteren Maßnahmenziels vorzunehmen:

- **Maßnahmenziel 23: Differenziertes Erlebnisangebot für div. Zielgruppen**
Der Magistrat wird gebeten, hier insbesondere Angebote für Kinder und Jugendliche zu schaffen.
 - **Weiteres Maßnahmenziel einführen: Barrierefreiheit verbessern**
Der Magistrat wird aufgefordert, als weiteres Maßnahmenziel eine barrierefreie Erreichbarkeit sowie Mobilität und Teilhabe im Masterplan Innenstadt zu verankern. Dies ist für die Inklusion behinderter Menschen essenziell, aber auch für die Familienfreundlichkeit und insbesondere vor dem Hintergrund einer alternden Stadtgesellschaft. Der Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen und Interessengemeinschaft Behinderter (AK) sowie der Seniorenbeirat sind für die notwendige Überarbeitung tiefgehend einzubeziehen. Als eine Leitlinie soll das WHO-Konzept der „Age-friendly cities“ herangezogen werden.
3. Der Sitzungsvorlage Nr. 21-V-02-8012 „*Masterplan Innenstadt Endbericht*“ wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass die unter Ziffer 2 aufgeführten Maßnahmen und Maßnahmenziele umgesetzt werden.

+

+

Verteiler:

Dezernat II z. w. V.

Baumstark
Ortsvorsteher